

Spitalgesetz | Der ärztliche Direktor des Spitalzentrums Oberwallis Marcel Schmid. Seine Meinung zum Spitalgesetz.

«Mehrheit nimmt das Gesetz an»

Dr. Marcel Schmid ist ärztlicher Direktor des Spitalzentrums Oberwallis. Er spricht sich klar für das neue Gesetz aus. Auch, weil die Alternative gemäss Schmid bedeutend schlechter ist.

Marcel Schmid, wie beurteilen Sie den Gesundheitszustand des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW)?

«Das GNW hat schwierige Jahre hinter sich. Die Fusionsgeschichte hat viele Emotionen ausgelöst und starke Geburtswehen durchlebt. Zurzeit befinden wir uns aber in einer stabilen und robusten Verfassung.»

Wie erleben Sie den Abstimmungskampf?

«Der Abstimmungskampf läuft im Schatten der nationalen Wahlen. Zudem ist das Spitalgesetz eine komplexe Materie. Da ist es verständlich, dass sich die Leute eher mit den National- und Ständeratswahlen beschäftigen.»

Die Meinungen der Ärzteschaft sind geteilt. Einige sprechen sich für das neue Gesetz aus, andere nicht.

«Tatsache ist, dass sich die Oberwalliser Ärzteschaft an der letzten GV gegen das Referendum entschieden hat. Auch eine Mehrheit der Walliser Hausärzte hat sich in einer Konsultation gegen das Referendum entschieden. Die ärztlichen Leiter der medizinischen Departemente sprechen sich mit überwältigender Mehrheit für das Gesetz aus. Dies spricht eine deutliche Sprache.»

Warum sind Sie für das Spitalgesetz?

«Weil ich realisieren musste, dass der Fortbestand des Akutspitals im Oberwallis politisch nicht mehr selbstverständlich ist. Es brauchte im Vorfeld der grossrätlichen Beratungen Interventionen und lange Diskussionen. Erst im letzten Moment ist ein Akutspital pro Region im Gesetz verankert worden. Kommt das Referendum durch, gibt mir niemand die Garantie, dass bei einer Neufassung das Akutspital Oberwallis wiederum im Gesetz verankert wird.»

Im Gesetz werden aber Forderungen des Audits und des GPK-Berichts nicht berücksichtigt.

«Das ganze Spitalwesen ist in einem steten Wandel. Die Auditoren, die das Gesundheitsnetz unter die Lupe nahmen, haben einen 200-seitigen Bericht abgeliefert. Darin wird festgehalten, dass die medizinische Qualität sehr hoch ist. Es werden Vorschläge zur Verbesserung der Organisation und Abläufe gemacht und es werden verschiedene Varianten aufgezeigt, wie dies erreicht werden kann. Es folgt jetzt die Phase der Umsetzung innerhalb des Spitals. Es wird sich zeigen, welche Varianten zielführend sind und wie die Vorschläge umgesetzt werden können.»

Das Gesetz steht dann aber schon.

«Die wenigsten dieser Vorschläge sind relevant für das Gesetz. Die Umsetzung einzelner Forderungen des Audits werden eine Anpassung im Gesetz notwendig machen. Diese Anpassungen

umzusetzen, ist aber immer noch einfacher, als das ganze Gesetz neu zu entwerfen. Das müsste man, wenn das Referendum angenommen wird. Die Zeit der Planungsunsicherheit würde sich über Jahre dahinziehen. Wir brauchen aber Planungssicherheit, um als Spital Wallis nach Öffnung der Kantonsgrenzen im Januar 2012 konkurrenzfähig zu bleiben.»

Hat das medizinische Personal zu wenig Mitspracherecht?

«Das stimmt so nicht. Neben der Geschäftsleitung gibt es beispielsweise die erweiterte Geschäftsleitung mit allen ärztlichen Departementsleitern und mit den Bereichsleitungen der Pflege. Es existiert ein Ärztekollegium und es gibt Stationsleitersitzungen. Nach aussen existiert eine Plattform, auf der wir uns mit den Hausärzten regelmässig austauschen. Die Ideen, Eingaben und Vorschläge aus diesen Gremien werden auf allen Führungsebenen sehr ernst genommen. Diese Struktur als undemokratisch zu bezeichnen, ist unfair.»

Das Referendumskomitee kritisiert aber insbesondere auch die personellen Abgänge beim GNW.

«Jede Fusion führt zu einer erhöhten Fluktuationsrate. Mittlerweile hat sich diese auf einer Rate eingependelt, die sich von vergleichbaren Betrieben nicht unterscheidet. Bei den Kaderärzten beobachten wir schon seit längerer Zeit eine Veränderung. Früher war eine Chefärzterstelle eine Lebensstelle. Im Zeitalter des Ärztemangels stehen den Kaderärzten viele Optionen offen. Chefärzte ohne emotionale Bindung ans Wallis tendieren eher dazu, eine Kaderärzterstelle im Wallis als Sprungbrett zu einer Chefärzterkarriere in einem Zentrum zu nutzen.»

Und die Mobbingvorwürfe?

«Das ist ein happiger Vorwurf, der so nicht stimmt. In einem

Betrieb mit insgesamt 4700 Mitarbeitern ist es unvermeidlich, dass es in Einzelfällen zu Mobbing kommt. Wir verfügen über die notwendigen Instrumente, Mobbing am Arbeitsplatz gezielt und systematisch entgegenzuwirken. Diesen Vorwurf weise ich in aller Form zurück.»

Die Generaldirektion wird im Audit wegen ihres Managements kritisiert.

«Es wird im Audit gesagt, dass man in der Gesamtstruktur den Ärzten und den Pflegenden mehr Gewicht beimessen sollte.»

Stimmen Sie dem zu?

«Das ist eine Forderung, der ich mich hundertprozentig anschliessen kann. Ärzte und Pflegenden sind die «Motoren» im Gesundheitswesen. Ihnen

«Das Referendumskomitee rennt offene Türen ein»

Dr. Marcel Schmid

soll das notwendige Gewicht in den strategischen Führungsorganen zugesprochen werden. Das wird aber auch so umgesetzt werden. Da rennt das Referendumskomitee offene Türen ein. Ein Gesetzesreferendum braucht es dazu nicht.»

Warum?

«Wird das Referendum angenommen, müssen alle Artikel, die im Zusammenhang mit dem schweizerischen Krankenversicherungsgesetz (KVG) stehen, auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt werden. Das sind ungefähr die Hälfte alle Artikel. Dafür bräuchte es aber ein Dringlichkeitsdekret des Staatsrats. Nicht gerade eine demokratische Vorgehensweise. Bei den restlichen Artikeln bliebe das alte Gesetz in Kraft. In diesem ist aber die Vertretung der Ärzteschaft in den Führungsgremien nicht geregelt.»

Der emotionalste Punkt in der Abstimmung ist die Zweisprachigkeit.

«Ja – zumindest im Oberwallis.»

Warum sind Sie dagegen, dass diese im Gesetz verankert wird?

«Das Problem der ungenügenden Zweisprachigkeit in den zentralisierten Abteilungen des Spitals existiert. Das Problem kann aber nicht durch einen Gesetzesartikel gelöst werden, sondern muss vor Ort angegangen werden. Wollen wir im Wallis weiterhin Spitzenmedizin betreiben, benötigen wir hochqualifizierte Ärzte.»

In Zeiten des Ärztemangels.

«Genau. Wird die Sprachkompetenz eines Arztes in der Eva-

luation über die Fachkompetenz gestellt, werden wir nicht mehr die fachlich besten Ärzte verpflichten können. Bei der Rekrutierung von Pflegenden wird es noch viel schwieriger. Trotzdem müssen wir Mittel und Wege finden, die Zweisprachigkeit in den zentralisierten Bereichen zu gewährleisten. Der Auftrag der Regierung liegt vor.»

Befriedigend ist die Situation nicht, wenn man als deutschsprachiger Patient nach Sitten kommt.

«Das ist richtig. Das hören wir auch von unseren Patienten. Die Patienten loben die ärztliche Versorgung, aber die Kommunikation läuft noch nicht wie gewünscht. Vor allem auf der Ebene «Pflege». Wir arbeiten an Lösungen. Deswegen aber einfach das Gesetz abzulehnen, bringt uns in dieser Sache nicht weiter.»

Wie sieht es mit der Verankerung der Spitzendisziplin in Sitten aus?

«Unter der Führung der kantonalen Gesundheitsdirektoren gibt es Bestrebungen, die Spitzenmedizin zu zentralisieren. Diese definieren die Bedingungen, um Spitzenmedizin zu betreiben. Es ist in unserem Interesse, dass diese Bedingungen erfüllt werden, denn wir brauchen die Spitzenmedizin in Sitten. Werden die Kriterien bezüglich Wirtschaftlichkeit und Qualität künftig nicht erfüllt, entfällt der Leistungsauftrag. Da hilft auch kein Artikel im Gesetz. Zudem widerspricht eine Disziplinenzuteilung an ein Spital dem schweizerischen KVG.»

Wie wird sich das Oberwalliser Spitalangebot weiterentwickeln?

«Seien wir ehrlich. Die beste Lösung wäre ein neues Spital im Oberwallis. Wir brauchen ein Spital mit ungefähr 200 Betten. Für ein Spitalbett muss eine Million Franken investiert werden. Das macht 200 Millionen und die stehen heute und morgen nicht zur Verfügung. Das heisst, wir müssen zumindest mittelfristig das Angebot an den Standorten Brig und Visp optimieren. Durch die Disziplinenaufteilung haben wir bisher schon einiges erreicht. Für die nächsten Jahre ist das eine gute Lösung. Was langfristig kommt, wird man diskutieren müssen.»

Wie geht es weiter, wenn das Spitalgesetz abgelehnt wird?

«Die ganze Gesetzgebungsprozedur würde wieder von vorne anfangen. E2000, das Bildungsgesetz, wurde vor über zehn Jahren versenkt und bis heute hat man noch keine definitive Lösung. Das wollen wir verhindern. Wir können die Konkurrenzfähigkeit des Spitalzentrums Oberwallis ausbauen, wenn wir das Gesetz annehmen. Oder wir können die Diskussionen über Jahre weiter-

führen und damit unsere Position langfristig schwächen.»

Die freie Spitalwahl kommt ab nächstem Jahr. Kommt zum Patient exodus?

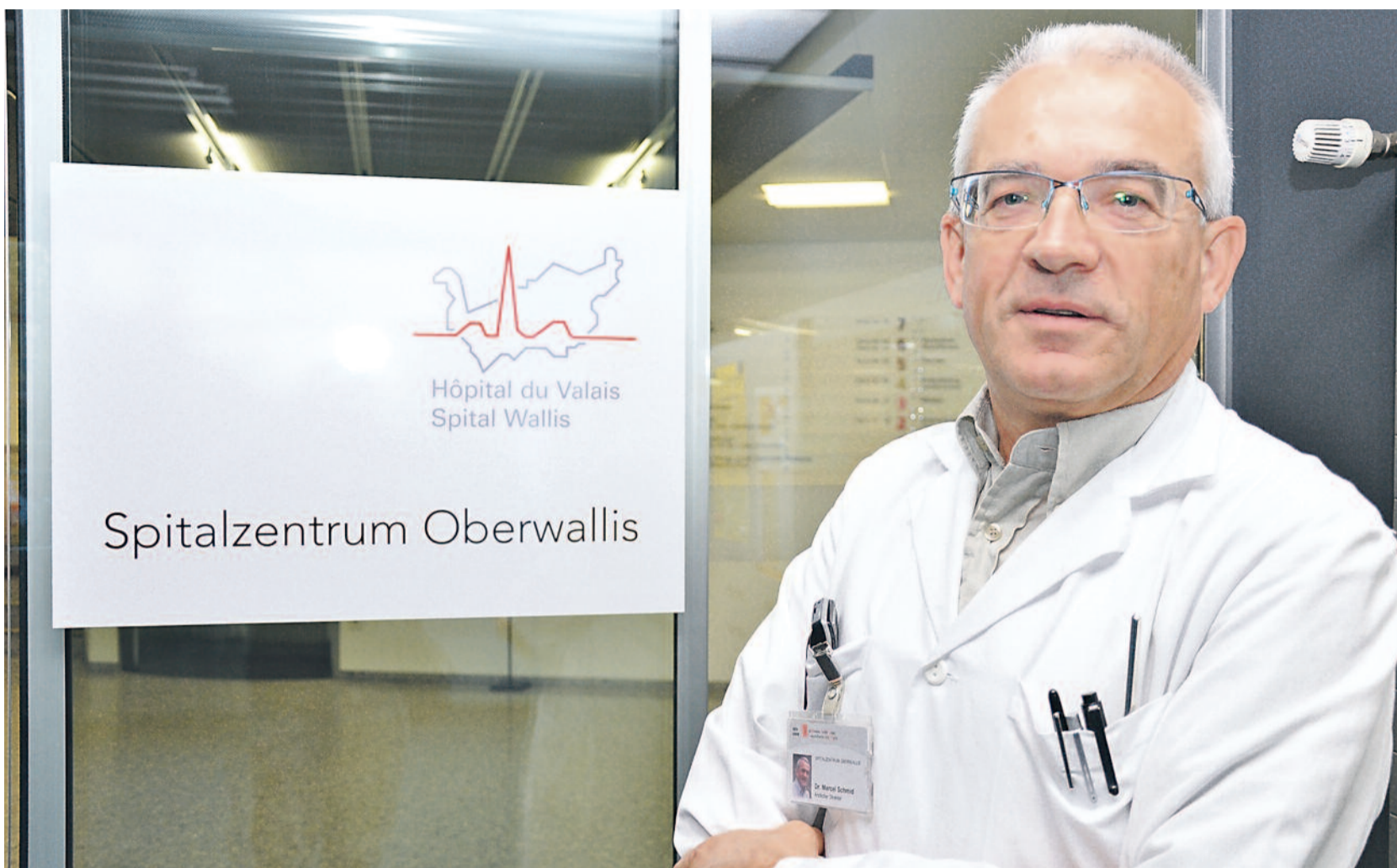
«Wir tun alles dafür, dass dieser Exodus nicht eintritt. Wir arbeiten ständig an unserer Qualität. Wenn sich elf Patienten pro Jahr ausserkantonale behandeln lassen, geht bei uns eine Stelle verloren. Wir sind ein wichtiger Arbeitgeber und wollen attraktive Stellen im Oberwallis behalten.»

Wird das Gesetz angenommen?

«Das Gesetz wird angenommen. Das Volk hat genug von diesen jahrelangen politischen Diskussionen rund um die Spitäler. Die Leute wollen ein Akutspital in ihrer Region. Ein Spital, in dem die Qualität stimmt, in dem sie bei Krankheit, Unfall oder bei einer Geburt sicher und gut aufgehoben sind. Das können wir ihnen garantieren, wenn das Gesetz angenommen wird.»

Interview: Sebastian Glenz

Anzeige



Kämpft für das Spitalgesetz. Dr. Marcel Schmid: «Mit der Verankerung der Zweisprachigkeit im Gesetz kann keiner besser Deutsch».

FOTO WB